

## Gegen das Börsengesetz verstossen

Fortsetzung von Seite 1

... beim verdeckten Aufbau der Beteiligung an der SIA Abrasives Holding zusammengewirkt haben.

Durch angemessene Organisation und Überwachung hätte die Bank das verhindern können, so das Bundesverwaltungsgericht. Unter den gegebenen Umständen sei es zudem angemessen gewesen, die Bank zur sofortigen Behebung der Mängel anzuhalten und ihr den Entzug der Bewilligung anzudrohen. Das Urteil kann noch beim Bundesgericht angefochten werden. Wie die Bank am Bellevue gestern auf Anfrage der SN erklärte, werde sie den Fall jedoch nicht weiterziehen.

### Strafanzeige gegen Behr

Gegen Giorgio Behr selber hatte die Finma in der gleichen Angelegenheit Strafanzeige eingereicht. Nachdem er eine Genugtuungszahlung von einer Million Franken geleistet hatte, stellte das Eidgenössische Finanzdepartement das Verfahren gegen ihn ein.

Das Thurgauer Unternehmen SIA Abrasives hatte sich gegen den Übernahmeversuch von Behr gewehrt und gehört inzwischen dem deutschen Bosch-Konzern. Behr konnte seine Beteiligung von schliesslich beinahe 40 Prozent für 153,9 Millionen Franken an die Bosch-Gruppe verkaufen. Dabei erzielte er einen Kursgewinn von 36 Millionen Franken. Das gestrige Urteil habe er zur Kenntnis genommen, sagte Behr auf Anfrage der SN. Das Verfahren gegen die Bank habe mit ihm aber nichts zu tun. Sein Fall sei schliesslich seit über einem Jahr abgeschlossen. (sda/jhu)

Nachgefragt Peter V. Kunz

## «Der Staat sitzt am kürzeren Hebel»



**Peter V. Kunz**  
Professor für nationales und internationales Wirtschaftsrecht, Universität Bern

Das Bundesverwaltungsgericht hat gestern in einem Urteil festgestellt, dass die Bank am Bellevue beim Aufbau der Beteiligung am Schleifmittelhersteller SIA Abrasives für den Investor Giorgio Behr das Börsengesetz verletzt hat. Gibt es vergleichbare Fälle?

**Peter V. Kunz:** Börsenrechtliche Meldepflichtverletzungen haben in der Schweiz in den letzten fünf Jahren immer wieder zu Verfahren geführt. In den meisten Fällen sind aber keine Strafurteile gefällt worden, sondern man hat sich sozusagen «aussergerichtlich» geeinigt, indem die Angeschuldigten ohne Schuldanerkennung einen bestimmten Geldbetrag bezahlt haben. Das war zum Beispiel so bei Giorgio Behr und auch bei Viktor Vekselberg im Fall Sulzer. Meines Wissens ist es aber das erste Mal, dass eine Bank in einem Verfahren stand für die «Gehilfenschaft» bei einer angeblichen Meldepflichtverletzung. In diesem Sinne ist dieses Urteil einmalig.

Was bedeutet dieses Urteil nun für die Bank?

**Kunz:** Das Urteil ist noch nicht rechts-

kräftig. Für die Bank am Bellevue wäre das aber ein ganz schlechtes Urteil, sollte es definitiv werden, weil ihr jetzt nicht nur die Finma diesen Vorwurf macht, sondern ein Gericht nach einem Verfahren die Verfehlung auch feststellt hat. Die Bank hätte taktisch eher auf einen Einspruch verzichten sollen. Dann wäre die Sache längst erledigt. So, wie sie es für Giorgio Behr ja auch ist.

Giorgio Behr hat im Mai 2011 als Wiedergutmachung eine Million bezahlt, worauf das Eidgenössische Finanzdepartement das Verfahren gegen ihn eingestellt hat. War das rückblickend ein falscher Entscheid des Finanzdepartements, sich auf eine solche Einigung einzulassen?

**Kunz:** Das Verfahren gegen Behr kenne ich nicht, sodass ich mich dazu nicht äussere. Prinzipiell ist es sinnvoll, dass der Staat die Möglichkeit hat, sich «aussergerichtlich» zu einigen. Denn ein solcher Prozess kann Jahre dauern, bindet bei der Staatsanwaltschaft enorme Kräfte und verursacht hohe Kosten, ohne dass notwendigerweise eine Verurteilung resultiert.

Aus ökonomischer Sicht mag das zutreffen. Es gibt aber auch die moralische Sicht. Für Aussenstehende haben solche Einigungen doch einen fahlen Beigeschmack.

**Kunz:** Das ist klar. Man muss aber sehen, dass, wenn man gewisse Verfahren nicht mit einer Ablasszahlung beenden würde, das nicht automatisch

heisst, dass die Angeschuldigten schliesslich auch verurteilt würden. Im Fall von Behr möchte ich darauf aufmerksam machen, dass die Verurteilung der Bank am Bellevue juristisch nicht bedeutet, dass er verurteilt worden wäre. Es ist durchaus möglich, dass, wenn Giorgio Behr nicht bezahlt hätte und man gegen ihn ein Strafverfahren durchgeführt hätte, er dennoch freigesprochen worden wäre. Der Entscheid gegen die Bank am Bellevue ist in keiner Art präjudizierend für Behr. Rein juristisch sind das völlig getrennte Verfahren.

Ist es denn generell zu schwierig, bei solchen komplexen Wirtschaftsdelikten einen Straftatbestand festzustellen?

**Kunz:** Das ist so. Gerade Offenlegungsvergehen sind extrem kompliziert. In solchen Fällen sitzt der Staat in aller Regel am kürzeren Hebel. Denn die Sachkenntnisse der Strafverfolger sind meist schlechter als diejenigen der Verteidiger aus grossen Wirtschaftskanzleien, die tagtäglich mit solchen Fällen konfrontiert sind. Aus diesem Grund ist es praktisch noch nie zu Verurteilungen gekommen. Bei den Angeschuldigten handelt es sich meist um sehr vermögende Personen, die viel Geld in eine hoch professionalisierte Verteidigung investieren könnten. Darum sage ich ja auch, dass die Möglichkeit einer Ablasszahlung ohne Schuldanerkennung durchaus auch aus staatlicher Sicht Sinn macht.

Interview Jan Hudec

# Druck auf Europäische Zentralbank wächst

## Heute entscheidet der Rat

der Europäischen Zentralbank über allfällige Aufkäufe von Anleihen von Krisenstaaten der Eurozone. Widerstand leistet nur noch die Deutsche Bundesbank.

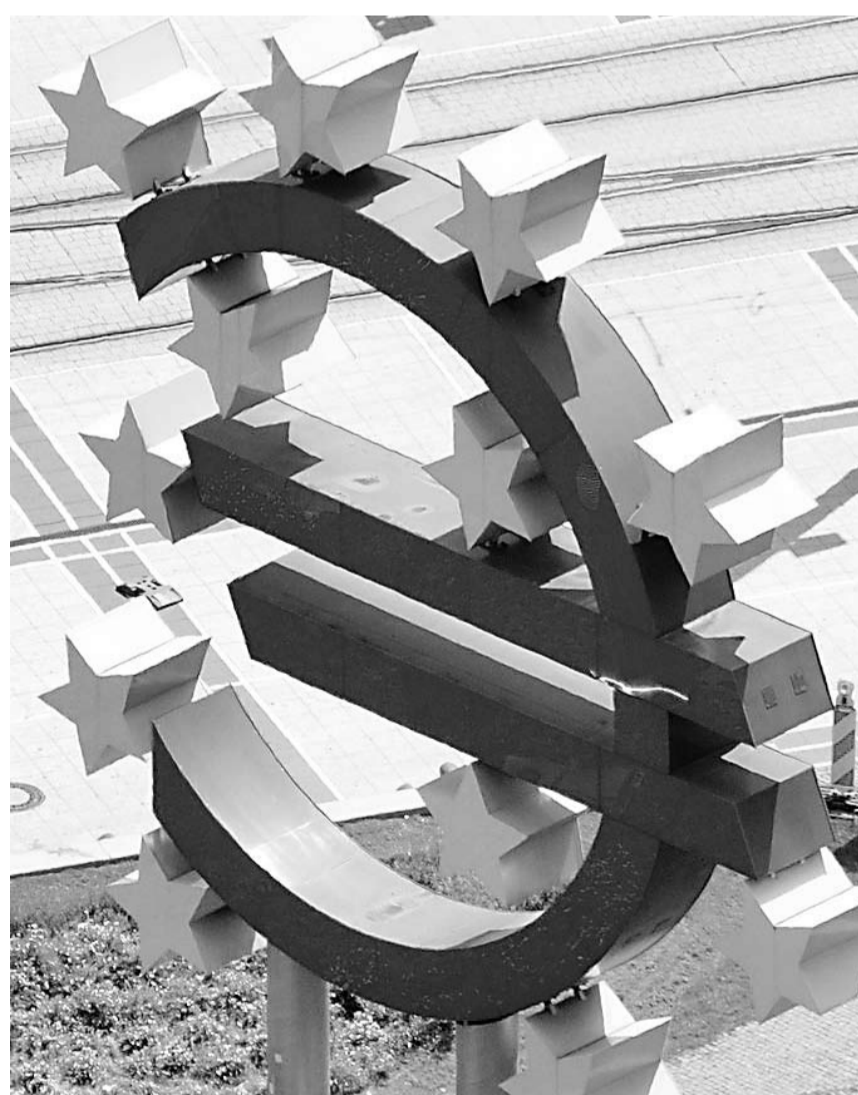
VON ULRICH GLAUBER

FRANKFURT Wann gehen dem einsamen Rufer in der Wüste die Kräfte aus? Der Präsident der Deutschen Bundesbank, Jens Weidmann, ist so ziemlich der letzte Mohikaner, der im Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) Widerstand leistet gegen ein neues Programm zum Aufkauf von Staatsanleihen. Weidmann befürchtet, dass diese Massnahme die Geldentwertung fördern, den Sparwillen der Schuldenstaaten in der Eurozone unterminieren und zudem die Unabhängigkeit der EZB von der Politik gefährden werde. Da der Bundesbankchef ausser Appellen in Interviews kaum Mittel hat, seinen Standpunkt gegen die Schar seiner Gegner im EZB-Rat durchzusetzen, denkt der 44-Jährige anderthalb Jahre nach seiner Berufung angeblich bereits an Rücktritt.

## IWF und OECD hinter Draghi

Die Befürworter eines neuen EZB-Programms zum Aufkauf von Staatsanleihen schliessen dagegen die Reihen. Nicht ganz uneigennützig dürfte die Forderung des spanischen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy sein, wonach die EZB den «festen Willen» zeigen müsse, das Europroblem zu lösen. Spanien käme wie Italien das ins Auge gefasste Aufkaufprogramm durch niedrigere Zinsen bei der Aufnahme neuer Kredite zugute.

Mit den Worten «Je früher, desto besser» verlangt jedoch auch Angel Gurría, Generalsekretär der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die



Die Europäische Zentralbank ist ein Pfeiler in der Eurokrise.

Bild Key

EZB solle am besten unbegrenzt Anleihen kaufen. David Lipton, Vizechef des Internationalen Währungsfonds (IWF), argumentierte am jüngsten Treffen von Notenbankern aus aller Welt im amerikanischen Jackson Hole in die gleiche Richtung. Damit stärken sie dem italienischen EZB-Präsidenten Mario Draghi den Rücken

## Kredite gegen Auflagen

Draghi, der Anfang der Woche 65 Jahre alt wurde, will die 23 Mitglieder des EZB-Rats laut deutschen Medien-

einen Hilfsantrag an den künftigen permanenten Eurorettungsfonds (ESM) stellen und dann die Auflagen akzeptieren, die der ESM im Gegenzug formuliert. Offensichtlich steht eine grosse Mehrheit des EZB-Rats hinter diesem Konzept.

## Doppeldeutigkeit Merklens

Zuletzt hatte auch Weidmanns bisheriger Mitstreiter Jörg Asmussen die Waffen gestreckt. Das deutsche EZB-Direktoriumsmitglied ist offensichtlich zu der Meinung gekommen, dass ein grundsätzliches Nein im Rat der EZB nichts mehr bringt. Asmussen will sich stattdessen für strengstmögliche Auflagen einsetzen.

Weidmann kann sich inzwischen nicht einmal mehr der Unterstützung durch die deutsche Regierung völlig sicher sein. Zwar stärkten Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank zum Wochenauftritt noch einmal demonstrativ den Rücken, doch Kanzlerin Angela Merkel fällt inzwischen durch reichlich widersprüchliche Äusserungen auf. Mal lobt die CDU-Chefin EZB-Chef Draghi für seine Ankündigung, alles «Erforderliche zu tun», um den Euro zu erhalten, mal spricht sie sich für möglichst viel Einfluss von Draghis Gegenspieler Weidmann auch innerhalb der EZB aus.

## Die Hände gebunden

Deutsche Kommentatoren sehen darin mehr als nur den Versuch der Regierungschefin, sich alle Türen offen zu halten. Nach dieser Lesart hat die häufig als «mächtigste Frau der Welt» bezeichnete Politikerin eingesehen, dass ihr im multipolaren Europa bei der Eurorettung die Hände gebunden sind – zumal in ihrer vielstimmigen Regierungskoalition in Berlin. Die schweren Geschütze der EZB blieben für Merkel damit das einzige Mittel gegen einen Zerfall der Eurozone, auch wenn die Sparer über steigende Inflation die Zeche bezahlen müssten.

## Globaler Wettbewerb

### Die Schweiz bleibt Land mit stärkstem Wettbewerb

GENÈVE Die Schweiz ist gemäss dem alljährlichen Bericht des World Economic Forum (WEF) erneut das wettbewerbsfähigste Land der Welt. Die Eidgenossenschaft verweist Singapur, Finnland, Schweden und die Niederlande auf die weiteren Plätze.

Der gestern publizierte Bericht unterstreicht, dass die Wettbewerbsfähigkeit zwischen den nordeuropäischen und den südeuropäischen Ländern weiter auseinanderdriftet.

Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 konsolidierten die Schweiz sowie die Länder in Skandinavien und Westeuropa ihre starke Wettbewerbsposition. Deutschland hielt sich stabil auf Rang sechs. Das Vereinigte Königreich rückte vom zehnten auf den achten Platz vor.

Auf der anderen Seite landeten südeuropäische Länder auf den hinteren Rängen. Spanien liegt auf Rang 36 und Italien auf dem 42. Platz. Griechenland landete wettbewerbsmässig weit abgeschlagen auf Rang 96. Diese Staaten leiden nach WEF-Angaben nach wie vor an makroökonomischen Unausgewogenheiten, ungenügenden Finanzierungsmöglichkeiten, starrem Arbeitsmarkt und Innovationsrückstand.

Die USA bleiben ein Motor für weltweite Innovationen, auch wenn sie im Klassement vom fünften auf den siebten Platz abgerutscht sind. Die US-Geschäftsleute beklagten sich neben wirtschaftlichen Schwächen des Landes auch über institutionelle Mängel. Besonders ins Gewicht fallen gemäss WEF das Misstrauen der Öffentlichkeit gegenüber der Politik und der scheinbare Mangel an staatlicher Effizienz. (sda)

## Journal

### Zahlreiche Hotelbetten blieben in der Schweiz im Juli kalt

BERN Die Frankenstärke und das schlechte Wetter haben sich im Juli auf den Tourismus in der Schweiz niedergeschlagen. Die Hotels verzeichneten markant weniger Übernachtungen als vor einem Jahr. Die Branche erwartet keine rasche Besserung – und kündigt weitere Sparmassnahmen an. Rund 3,8 Millionen Logiernächte zählte das Bundesamt für Statistik (BFS) für den Juli. Das sind 7,2 Prozent weniger als im Vorjahr. Und bereits 2011 litt der Tourismus im für ihn wichtigsten Ferienmonat unter rückläufigen Übernachtungen. Neu war die Schweiz flächendeckend betroffen – die Bergregionen ebenso wie die Städte.

### Lufthansa vor massivem Streik – zwei Drittel der Flüge fallen aus

FRANKFURT/MÜNCHEN Die Lufthansa steuert auf den ersten landesweiten Streik der Flugbegleiter zu. Die Airline strich wegen des angekündigten Streiks am Freitag bereits zwei Drittel ihrer Flüge. Die Gewerkschaft Ufo rief für den verkehrsreichen Freitag zu einem 24-Stunden-Streik an allen deutschen Lufthansa-Standorten auf. Die Lufthansa hoffe, dass sie ein Drittel der Flüge anbieten könne, sagte ein Sprecher des Luftfahrtunternehmens gestern Abend.

### Das iPhone 5 wird offenbar nächste Woche präsentiert

NEW YORK Apple will sein neues iPhone 5 offenbar am 12. September der Öffentlichkeit präsentieren. Der US-Elektronikkonzern verschickte am Dienstag Einladungen zu einem «Apple-Event» in San Francisco. Eine grafische Spielerei in dem Schreiben gab Hinweise auf den Anlass der Veranstaltung und den Namen des neuen Smartphones: Die Einladung zeigt eine grosse «12», die einen Schatten in der Form einer «5» wirft – für Experten wie für Fans ein Verweis auf das lang erwartete Gerät.